

Zurück in Windy City

USA Manche Chicagoer bezweifeln, dass Rahm Emanuel das Zeug zum Bürgermeister hat



Rahm Emanuel für Lord Mayor: Ob er tatsächlich der lachende Sieger sein wird, entscheiden die Wähler im kommenden Jahr.

Foto: AP

VON ALINA DAIN

Man erzählt sich, dass Rahm Emanuel einem früheren Mitarbeiter einst einen vergammelten Fisch geschickt habe, nachdem sich die Wege der beiden Männer getrennt hatten. Das ungezügeltere Temperament Rahm Emanuels war einmal mehr in aller Munde, als er Anfang des Monats seinen Job als Stabschef im Weißen Haus an den Nagel hängte, um in seiner Heimatstadt Chicago Bürgermeister zu werden. Dort wird am 22. Februar 2011 gewählt.

Journalisten und viele Amerikaner fragen sich nun, ob eine so renommierte Person die Wahl nicht jetzt schon gewonnen hat. Aber es sieht nicht danach aus. Etliche verweigern Emanuel die Unterstützung, weil sie ihn als Teil der Obama-Regierung kennen und mit deren Israelpolitik nicht einverstanden sind. Diese Leute werden ihn nicht wählen, sagt Lori B. Sagarin, Erziehungsdirektorin der Synagoge Temple Beth Israel in Skokie, einem Vorort nördlich von Chicago. Die Mitglieder der Reformgemeinde – ihr gehören rund 450 Haushalte an – vertreten größtenteils einen zionistischen, aber linken, demokratischen, sozial-liberalen politischen Standpunkt.

»Ich habe nie daran gezweifelt, dass Rahm Emanuel sich dem Staat Israel verpflichtet fühlt«, sagt sie. Der frühere Stabschef kommt aus einer bekannten zionistischen Familie in Chicago. Sein Vater, Benjamin Emanuel, wurde in Jerusalem geboren. Vor der israelischen Staatsgründung war er Mitglied der zionistischen Untergrundorganisation »Irgun«. Später

wanderte er in die USA aus und wurde ein sehr bekannter Kinderarzt in Chicago. »Er hat eine ganze Generation behandelt. Leute meines Alters sind immer zu Herrn Emanuel gegangen«, sagt Sagarin.

FAMILIE Emanuels Ehefrau, Amy Rule, konvertierte vor der Heirat zum Judentum. Die Familie ist Mitglied von Anshe Sholom Bnai Israel, einer modern-orthodoxen Gemeinde in Chicago. Das Ehepaar hat drei Kinder. Rahm Emanuel selbst nahm während des Golfkriegs 1991 zwei Wochen an einem Programm der israelischen Armee teil, um dort zu helfen.

Manche Wähler zweifeln an Rahm Emanuels Führungsqualitäten.

Wie Emanuels Sprecherin, Lori Goldberg, der Chicago Tribune sagte, sei der ehemalige Stabschef ein starker Sponsor Israels. »Dass Rahm das Land unterstützt, ist sehr bekannt.« Als er von 2003 bis 2009 den Bundesstaat Illinois im Kongress vertrat, habe er in der jüdischen Gemeinschaft viele Anhänger gehabt, betont sie. »Er wird sich nicht ausruhen, sondern hart arbeiten, um die Unterstützung der jüdischen Wähler Chicagos zu verdienen«, so Goldberg.

Die jüdischen Wähler werden darauf achten, aus guten Gründen. Als Emanuel im Januar 2009 Stabschef im Weißen Haus wurde, näherte sein Hintergrund bei vielen die Hoffnung, dass die Politiker in Washington Israel als Opfer verstehen wür-

den. »Dies ist nicht geschehen. Stattdessen übte das Weiße Haus auf Israel Druck aus, mit Terroristen zu verhandeln«, sagt Cheryl Jacobs Lewin, Co-Vorsitzende der Chicagoer Ortsgruppe von Americans for a Safe Israel (AFSI).

FÄHIGKEITEN Aber kann die internationale Politik tatsächlich Bürgermeisterwahlen beeinflussen? Der 32-jährige Chesky Montrose, der in der Devon Allee, einer Gegend mit großem jüdischen Bevölkerungsanteil wohnt, bezweifelt es. Emanuels Chancen, zum Bürgermeister gewählt zu werden, hängen nicht nur davon ab, welchen Standpunkt er während seiner Zeit im Weißen Haus hatte, sondern vielmehr von seiner Fähigkeit zu regieren, meint Montrose. Auch wenn Emanuel früher Mitglied des Kongresses und Stabschef gewesen sei, ist er doch bisher nie in einer solchen Machtposition wie der eines Bürgermeisters gewesen. Juden, wie alle anderen Leute, haben auch das im Blick.

»Im Gegensatz zu seiner Zeit im Kongress sollte Emanuels Berufserfahrung angesichts seiner Rolle als Stabschef beurteilt werden«, sagt Cheryl Jacobs Lewin. Er hat bisher nicht gezeigt, dass er Kompromisse finden kann, doch das sei nötig für den Bürgermeister einer Weltstadt wie Chicago. Auch sei er kein guter Zuhörer und habe andere Führungsqualitäten, die das Oberhaupt einer großen Stadt braucht, bisher nicht unter Beweis gestellt, sagte sie.

PRINZIPIEN Rabbiner Asher Lopatin von Emanuels Gemeinde Anshe Sholom Bnai Israel im Chicagoer Stadtteil Lake View, fällt ein milderes Urteil. Er stimmt der Kritik an Rahm Emanuel nicht zu. Er glaubt,

dass viele Juden ihn wählen werden, selbst wenn sie nicht mit seiner Politik übereinstimmen.

»Ich denke, dass er ein sehr guter Manager ist, eine Person mit Prinzipien«, sagte Lopatin den Chicago Jewish News. »Wenn er es wirklich schaffen sollte, könnte er Großes leisten. Man mag von seiner Politik halten, was man will: Er ist ein prinzipienfester Mann, der seine Werte leidenschaftlich vertritt. Als Kongressabgeordneter war er sehr beliebt – auch bei Nichtjuden.«

KORRUPTION Derzeit sieht es ganz danach aus, als ginge es im Kern gar nicht um Rahm Emanuels Israelpolitik oder um seine Fähigkeit zu regieren, sondern vielmehr um die politische Realität Chicagos. »Man weiß, dass es in der Stadtregierung Korruption gibt«, sagt Sagarin. Dem Vater des jetzigen Bürgermeisters Richard Daley wird vorgeworfen, Aufträge erteilt zu haben, für die er im Wahlkampf unterstützt wurde. Er ist nicht der Einzige, dem man solche Machenschaften nachsagt. Der frühere Gouverneur von Illinois, George Ryan, saß eine Zeit lang im Gefängnis wegen krimineller Geschäfte und Schwindel. Auch der frühere Gouverneur Rod Blagojevich wurde kürzlich wegen Korruption und Erpressungsversuchen angeklagt.

»Noch ist nicht klar, wer Chicago regieren wird«, sagt Sagarin. Die Stadt hatte lange Zeit weiße Bürgermeister. Jetzt aber gibt es nicht nur einen jüdischen Kandidaten, sondern auch viele afro- und lateinamerikanische. Chicago bleibe der ultimative Schmelztiegel. »Wir werden sehen, wie es weitergeht. Fest steht: Es wird eine holprige Fahrt.«

Der Wiener und sein Blut FPÖ feiert Wahlerfolg mit Fremdenfeindlichkeit

Zu den Klängen des Walzers »Wiener Blut« ließ sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache am Sonntagabend vor dem Rathaus der österreichischen Bundeshauptstadt feiern. Bei der Landtagswahl in Wien führen die Rechtspopulisten einen fulminanten Wahlsieg ein: Sie legten um 12,2 Prozentpunkte zu und landeten mit 27 Prozent der Stimmen auf Platz zwei hinter den Sozialdemokraten, die bisher die absolute Mehrheit hatten. Die FPÖ hält nun 28 der insgesamt 100 Sitze im Wiener Stadtparlament und schließt damit an ihre Hochzeiten in den 90er-Jahren an. Durch die Wahlkartenstimmen könnten sich allerdings noch leichte Verschiebungen ergeben. Das endgültige Ergebnis wird für kommenden Montag erwartet.

Der Titel des Walzers hatte bereits im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt: Zu Beginn der Plakatkampagne hatte Strache den Slogan »Mehr Mut für unser »Wiener Blut«. Zu viel Fremdes tut niemandem gut« ankleben lassen. Die Integration sei gescheitert, weitere Zuwanderung nicht erwünscht, so der Haupttenor des FPÖ-Wahlkampfes. Die Hetze richtete sich vor allem gegen islamische Migranten. Christliche Serben hingegen umwarb Strache wie schon in den vergangenen Jahren.

Der Präsident der Israelitischen Kulturgemeinde Wien, Ariel Muzicant, sagte der jüdischen Allgemeinen: »Es zeigt, dass mehr als jeder vierte Wiener nichts dabei findet, Kellernazis als FPÖ-Funktionäre in den Gemeinderat zu wählen.« Muzicant betonte aber auch: Es sei an der Zeit, dass die jüdischen Gemeinden in Europa aufhören, sich davor zu scheuen, gegen Islamismus aufzutreten – aus Angst, dann mit den Rechten in einen Topf geworfen zu werden. »Das Wahlergebnis zeigt, dass ein Viertel der Menschen in Wien ein Problem mit Muslimen hat.« Diesem Problem müsse man begegnen.

Besorgt über den Zustand der Demokratie und den »offensichtlichen sozialen Frieden« äußerte sich die jüdische Schriftstellerin Jula Rabinowich, die selbst als Kind aus der ehemaligen Sowjetunion nach Österreich zugewandert ist. In Wien sei nun klar, wie viele Wähler »Menschenhass und sogar Aufrufe zur Gewalt tolerieren und gut finden, obwohl man ihnen außer einem Kanal für ihre Wut keine einzige Lösung angeboten hat.« Alexia Weiss



Triumphiert: FPÖ-Chef Strache

Foto: dpa

Diplomatie mit Fallstricken

FRANKREICH Jüdische Repräsentanten stehen wegen eines Treffens mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im Kreuzfeuer

Auf dem internationalen Parkett sind schon viele ins Schleudern geraten. Die Glätte dieses besonderen Untergrundes hat nun auch der Präsident des jüdischen Dachverbandes in Frankreich (Conseil Représentatif des Institutions juives de France, CRIF), Richard Prasquier, zu spüren bekommen. Ende September traf er sich in Paris mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, um über die Nahost-Friedensgespräche zu debattieren. Am Tag zuvor hatte eine Gesprächsrunde mit Abbas stattgefunden, an der auch der Philosoph Alain Finkielkraut und der ehemalige Pariser Großrabbiner René Sirat teilnahmen.

Der tatsächliche Nutzen der jeweils einstündigen Begegnungen, bei denen es wohl vornehmlich um die Zurschaustellung weltmännischer Attitüde ging, war allerdings recht gering: Zu sehr dominierten im Anschluss diplomatische Floskeln wie die gegenseitige Bezeugung »tiefen Respekts«. Dennoch schlugen die Gespräche hohe Wellen in der jüdischen Gemeinde und bei palästinensischen Gruppen.

Kommentator Guy Rozanowicz etwa kritisierte im jüdischen Radio J, dass das strömungsübergreifende CRIF sich durch das



Händedruck mit Nachspiel: Richard Prasquier (l.) mit Mahmud Abbas

Foto: Reuters

Treffen, das Abbas helfe, seine Positionen aufzuwerten, zu sehr in eine Richtung gelehnt habe. Darüber hinaus echauffierte sich Rozanowicz, dass manche Gesprächspartner den Anspruch suggerierten, die französischen Juden zu vertreten: »Hat die jüdische Gemeinde in Frankreich keine richtigen Repräsentanten mehr?« Dass beim medienwirksamen Auftritt in Paris »Israelkritik« wie Finkielkraut oder Radio- und Fernsehmacher Jean-Pierre Elkabbach im Rampenlicht standen, empfanden einige Kritiker als öffentliche Treulosigkeit gegenüber dem bedrängten jüdischen Staat.

Der Religionsforscher Shmuel Trigano legte mit einer Falschinformation nach: Abbas habe sich gegen jüdische Soldaten in einer Friedenstruppe in Palästina verwahrt und sich damit zur Persona non grata gemacht. Das Treffen mit ihm sei ein »Affront gegen die Juden Frankreichs«. Nun sah sich Prasquier gezwungen zu reagieren. Er unterstrich, wie sehr er dem Palästinenserpräsidenten im Gespräch auf den Zahn gefühlt und auf den jüdischen Charakter Israels und Jerusalems gepocht habe.

Die einige Tage später auf der CRIF-Homepage veröffentlichte Meldung, die

Hamas habe Angriffe auf führende Mitglieder der Fatah angekündigt, lässt sich im Kontext dieser Rechtfertigungsbemühungen lesen. Unter der Hand verstärken sie, wovor Rozanowicz und Co. am meisten gräuen: die Aufwertung von Abbas zum verdienten und sauberen Staatsmann.

Auch unter palästinensischen Aktivisten haben die beiden Treffen für Aufruhr gesorgt. So rief eine Gruppe zur Protestkundgebung gegen die Begegnung auf, mit der Abbas seine Kollaboration mit »den Zionisten« unter Beweis stelle. Eine andere Organisation ätzte, der Palästinenserführer habe das Gespräch mit dem CRIF einer Beratung mit pro-palästinensischen Vereinigungen vorgezogen.

Diese Reproduktion der weltpolitischen Streitigkeiten im Pariser Westentaschenformat könnte dem Betrachter eigentlich nur ein Schmunzeln entlocken. Bedenkt man allerdings, dass sich Ende der 80er-Jahre ähnliche Auseinandersetzungen über das Verhältnis des damaligen CRIF-Präsidenten Théo Klein zur PLO zutrug, gibt es jedoch eher Anlass zur Bedrückung: Zu deutlich wird, wie wenig sich seitdem getan hat. Tilman Vogt